



Finanzen, Steuern und Verwaltung

Vernünftig wirtschaften

Ausgangslage & Herausforderungen

Finanzielle Lage der Stadt Luzern

Nach finanziell schwierigen Jahren konnte die Stadt Luzern in den letzten Jahren ihre Rechnung mehrmals mit einem Überschuss abschliessen. Dabei half neben der allgemeinen guten wirtschaftlichen Lage, sicherlich auch die kantonale Tiefsteuerstrategie für juristische Personen. Die positiven Abschlüsse waren zumeist auf übermässige Steuereinnahmen von juristischen Personen zurückzuführen.

Gemäss Aussagen der Stadtverwaltung aus dem Aufgaben- und Finanzplan 2022–2025, zeigt dieser allerdings eine schwierige finanzielle Entwicklung der Stadt Luzern auf. Die Ausgaben werden in den kommenden Jahren voraussichtlich stärker wachsen als die Einnahmen. Dies hängt auch damit zusammen, dass in den letzten Jahren eine zunehmende "Spendierfreudigkeit" (z.B. willkürliche Erhöhung der Subventionen für Kulturhäuser) zu beobachten ist, welche zu einem zunehmenden Kostenwachstum geführt hat.

Die Folge sind defizitäre Rechnungsergebnisse. Gleichzeitig ist der Investitionsbedarf ausserordentlich hoch (siehe Investitionsbedarf aus der beschlossenen Klima- und Energiestrategie); die Selbstfinanzierung nimmt ab. Das hat Finanzierungsfehlbeträge und eine Abnahme des Nettovermögens zu Folge.

Die städtische Verwaltung ist in den letzten Jahren um rund 7% gewachsen, während die städtische Bevölkerung bloss um 0.8% gestiegen ist. Diesem stetigen Wachstum der Verwaltung muss Einhalt geboten werden. Insbesondere bei der Digitalisierung der städtischen Verwaltung besteht noch grosser Aufholbedarf.

Strategische Ausrichtung

Um weiterhin attraktiv für natürliche und juristische Personen zu sein, muss die steuerliche Belastung möglichst tief gehalten werden. Insbesondere um im Wettbewerb mit steuerlich attraktiveren Nachbargemeinden (Meggen, Horw) oder Kantonen (Zug) Schritt halten zu können.

Die steuerliche Attraktivität ist jedoch nur ein Aspekt, damit sich die Stadt Luzern weiterhin attraktiv für Ihre Bewohnenden und Unternehmen präsentieren kann. Eine gute Infrastruktur und ein breites kulinarisches, kulturelles und sportliches Angebot sind ebenso entscheidend. Ein solch vielfältiges Angebot kann jedoch nur angeboten werden, wenn die Stadt Luzern über gesunde Finanzen verfügt und dadurch diese notwendigen und sinnvollen Investitionen tätigen kann.

Die FDP fordert, dass auch in Zukunft mit den finanziellen Mittel haushälterisch und sparsam umgegangen wird. Insbesondere die Umsetzung der beschlossenen Klima- und Energiestrategie erfordert gewaltigen Investitionsbedarf, aber auch den städtischen Infrastrukturen (Immobilien, öffentlicher Raum) sind die nötigen Mittel bereit zu stellen. Grundsätzlich sollte daher der Leitsatz «Investitionen vor Konsum» gelten. Nur wenn die Stadt über genügend finanziellen Handlungsspielraum verfügt, können diese Investitionen getätigt werden. Vor diesem Hintergrund setzt sich die FDP dafür ein, dass Investitionsausgaben stets Vorrang vor Konsumausgaben (z.B. zusätzliche Personalkosten, Luxuslösungen, überrissene Subventionsbeiträge etc.) haben. Bei weiteren positiven Rechnungsabschlüssen sind in der Folge die Steuern entsprechend zu senken.

Die FDP setzt sich ferner für eine schlanke und effiziente Verwaltung ein. Die städtische Verwaltung soll wieder stärker auf Effektivität und Effizienz ausgerichtet werden. Hier bietet insbesondere eine effektive Digitalisierung enormes Potential, um den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen schnelle und kostengünstige Dienstleistungen anzubieten. In diesem Sinne sollte es das Ziel sein, dass möglichst viele Prozesse End-to-End (auch verwaltungsintern) digitalisiert werden. Der FDP ist bewusst, dass dies kurzfristige höhere Investitionen zur Folge hat. Mittelfristig sollten sich diese Investitionen aber in Form von besseren und günstigeren Services ausbezahlen. Zudem sind die Verwaltungsstrukturen und Organisationseinheiten auf ihre Effizienz und Effektivität zu überprüfen.

Konkrete Massnahmen

- Der städtische Haushalt ist im Gleichgewicht zu halten. Steuern auf Vorrat sind abzulehnen.
- Bei einem weiteren Steuerüberschuss ist der Steuerfuss analog den Jahren 2023 und 2024 zu senken.
- Konsequente Einhaltung der Schuldenbremse.
- Forderung nach Kostenbewusstsein und Sparmassnahmen überall dort, wo Potential besteht, die Leistungen sich über den gesetzlich vorgeschriebenen Niveaus bewegen und/oder Leistungen durch Private übernommen werden können.
- Bedarfsgerechte Unterstützungsmassnahmen (z.B. Energiezulage an einkommensschwache Haushalte) anstatt Giesskannenprinzip.
- Die städtischen Kehrgebühren sind in Zusammenarbeit mit REAL zu überprüfen und auf ein gesetzeskonformes Mass (Gebühren dürfen nur zu 100% kostendeckend angesetzt werden) zu senken. Überschüssige Gebühren sind zurück zu erstatten und die Grundgebühr entsprechend zu senken. Davon profitiert die gesamte Bevölkerung (auch jene mit tieferen Einkommen).
- Keine Konkurrenzierung von privaten Anbietern und Organisationen durch die Stadt Luzern (z.B. Friedhofverwaltung, GIS).
- Unterstützung, aber kritische Begleitung der ambitionierten Digitalisierungsstrategie der Stadt Luzern, vor allem im Hinblick auf die in Aussicht gestellten Einsparungspotentiale.